

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**11.06.2013**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Bildung, Kultur, Schule und Sport**  
Schriftführung  
Petra Weymans  
Telefon-Nr.  
**02202-142554**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**  
**Sitzung am Dienstag, 23.04.2013**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:25 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
  
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
  
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.01.2013  
- öffentlicher Teil -  
0173/2013**
  
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 6**      **Aktionsplan Inklusion (Erste Lesung)**  
*0168/2013*
  
- 7**      **Sachstand Errichtung neuer Gesamtschule / Anmeldungen an den weiterführenden  
Schulen**  
*0185/2013*
  
- 8**      **Schulentwicklungsplanung Primarstufe**  
*0163/2013*
  
- 9**      **Annahme einer Schenkung**  
*0140/2013*
  
- 10**     **Annahme einer Schenkung**  
*0141/2013*
  
- 11**     **Anträge der Fraktionen**
  
- 12**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Auf Bitte der Verwaltung schlägt Herr Dr. Miede vor, die Tagesordnungspunkte A9 und A10 vorzuziehen. Seitens der Ausschussmitglieder wird kein Widerspruch geäußert.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.01.2013 - öffentlicher Teil - *0173/2013*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Mumdey weist auf den Tagesordnungspunkt „Optimierung der Hausmeisterdienste“ der nächsten Sitzung des Infrastrukturausschusses hin. Hier werde die Umsetzung des vom Rat beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes dargestellt. Trotz eines Stellenabbaus werde es zu keinen übermäßigen Belastungen oder Risiken im Schulbereich kommen. Es handele sich um eine moderate Herangehensweise, die aus schulischer Sicht bei objektiver Betrachtung nachvollziehbar und verträglich sei.

Herr Dr. Miede fügt ergänzend hinzu, nach Verhandlungen mit Herrn Mumdey und Herrn Dr. Speer sei eine Lösung gefunden worden, die allen Bedürfnissen der Schulen entspreche.

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Bezüglich des Umzuges der Stadtbücherei befinde man sich in einem offenen Planungsprozess. Die genaue Berechnung des Aufwandes inkl. der Höhe der Miete liege noch nicht vor, ebenso fehle noch die Wirtschaftlichkeitsberechnung. Erst wenn alle Zahlen bekannt seien, könne eine Entscheidung getroffen werden.
- In der Presse sei zu lesen gewesen, dass sich die Eltern der Kinder, die die Marie-Curie-Realschule besuchten, schlecht informiert fühlten. Hierzu möchte er ausführen, die Verwaltung habe das weitere Vorgehen an diesem Standort von Anfang an kommuniziert. In den Osterferien habe er mit der Schulpflegschaftsvorsitzenden der Marie-Curie-Realschule ein langes Gespräch geführt, in dem er auch erklärt habe, dass bezogen auf die weitere Lehrerversorgung die Bezirksregierung zuständig sei. Am 06. Mai 2013 werde eine Schulpflegschaftssitzung über das weitere Vorgehen an der Schule stattfinden, an der der zuständige Dezernent der Bezirksregierung Köln, Herr Eckstein, und er selber teilnahmen. Gegenüber der Bezirksregierung sei kommuniziert worden, dass die Stadt Bergisch Gladbach äußersten Wert darauf lege, allen Schülerinnen und Schüler, die derzeit die Marie-Curie-Realschule besuchten, auch dort ihren Abschluss entsprechend der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I zu ermöglichen. Es gebe z.B. im Beamtenrecht die Möglichkeit der Rückabordnung. Dies sei jedoch eine Entscheidung der Bezirksregierung Köln.
- Die KGS Frankenforst habe wiederholt erfolgreich beim Wettbewerb „Jugend forscht“ teilgenommen. Nach dem 2. Platz in 2012 durch drei Mädchen habe nun eine gemischte Gruppe der Kath. Grundschule Frankenforst den 1. Platz im Regionalwettbewerb bei „Jugend forscht“ gewonnen mit der Berechtigung, mit ihrem erfolgreichen Projekt nun am Landeswettbewerb teilnehmen zu dürfen. Das sei außergewöhnlich, da Grundschulen in der Altersgruppe bis 14 Jahren in der Regel überhaupt nicht vertreten seien. Die Kinder hätten die „Wirkung der Gedanken auf den Geschmack“ untersucht. Weil alle Klassen der Schule an den verschiedenen Versuchsreihen beteiligt gewesen seien, habe die Schule zudem einen Sonderpreis in Höhe von 1000 € zugesprochen bekommen. Es sei darüber in verschiedenen Zeitungen berichtet worden, ferne gebe es einen Beitrag in der Sendung des WDR-Kinderradios „KIRAKA“ am 29.4.2013.

Der Ausschuss gratuliert der KGS Frankenforst.

Frau Dietsch möchte die Gruppe gerne in den Landtag zum Tag der offenen Tür auf die Bühne einladen. Bezüglich des Umzuges der Bücherei in das Löwen-City-Center regt sie an, bei den Planungen mit zu prüfen, ob die Außenterrasse nicht mitgenutzt werden könne. Dies könne die Attraktivität der Bücherei erhöhen.

Herr Dr. Miede erinnert daran, man befinde sich noch in den Vorplanungen. Auch müsse man die finanziellen Ressourcen beachten. Zudem hätten sich die MitarbeiterInnen der Stadtbücherei gegen einen Umzug ausgesprochen.

Herr Mömkes möchte in dem Zusammenhang daran erinnern, dass der Ausschuss vor einigen Jahren beschlossen habe, die Bücherei solle am Samstagvormittag öffnen und dafür am Montag geschlossen haben. Dies sei aber bis heute nicht umgesetzt worden, da seiner Kenntnis nach die Belegschaft dies auch nicht wolle.

Herr Dr. Miede bestätigt noch die Möglichkeit von Rückabordnungen bei Auslaufen einer Schule, die Herr Dr. Speer erwähnt habe. Die Lehrer blieben bei sinkenden Schülerzahlen mit einer bestimmten Stundenzahl an der bisherigen Schule und hätten den Hauptstundenanteil an einer anderen Schule. Manchmal werde auch ein Partnerschaftsverhältnis mit einer benachbarten Schule eingegangen. Es gebe verschiedene Möglichkeiten.

Herr Dr. Miede begrüßt Frau Dönmez, die zwischenzeitlich eingetroffen ist, als neues Mitglied für die Fraktion DIE LINKE./BfBB im Ausschuss. Frau Dönmez wird von Herrn Dr. Miede in feierli-

cher Form unter Verlesung des Verpflichtungstextes eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

## **6. Aktionsplan Inklusion (Erste Lesung)** *0168/2013*

Herr Dr. Miede macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Beratung dieses Tagesordnungspunktes um die erste Lesung des Aktionsplans Inklusion handle und vorrangig Sachfragen gestellt werden sollten. Er schlägt vor, die einzelnen Kapitel des Entwurfs „Aktionsplan Inklusion“ nacheinander zu beraten. Er bittet Herrn Buhleier die einzelnen Fragen im Anschluss zu beantworten.

*Kapitel 1: „Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ – UN-Behindertenkonvention (Seite 11 und 12 der Vorlage)*

Es werden keine Anmerkungen und Fragen vorgetragen.

*Kapitel 2: Entwicklung des Aktionsplans Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach (Seite 12 und 13 der Vorlage)*

Herr Buhleier teilt mit, es gebe eine redaktionelle Änderung zur Zusammensetzung der Steuerungsgruppe Aktionsplan Inklusion. Die Auflistung müsse durch einen Spiegelstrich ergänzt werden: „- je einen Vertreter der Fraktionen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach (Herr Schlaghecken, Frau Schöttler-Fuchs, Herr Krafft, Herr Schmidt)“. Dieser Spiegelstrich sei leider vergessen worden.

Herr Dr. Bernhauser merkt an von den in Kapitel 1 aufgeführten neun Themen- bzw. Handlungsfelder seien laut Entwurf aus arbeitsökonomischen Gründen nur drei Handlungsfelder durch die Arbeitsgruppen bearbeitet worden. Dies sei verständlich und nachvollziehbar. Er möchte gerne wissen, ob in der Folge dann noch weitere Themen bearbeitet würden, da auch die Themen- bzw. Handlungsfelder wie öffentliche und politische Partizipation, Freiheit, Schutz und Sicherheit wie auch Gesundheitsvorsorge sicher nicht unwichtig seien.

*Kapitel 3: Grundaussagen zum Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach (Seite 14 und 15 der Vorlage)*

Frau Winkels spricht die Aussage „Menschen mit Behinderung muss es ermöglicht werden, frei entscheidbar Angebote im Regelsystem wahrzunehmen“ an (Seite 15). Sie möchte gerne wissen, ob Fachleute der gleichen Meinung seien. Ferner möchte sie wissen, ob dies einmal überprüft worden sei. Weiterhin fragt sie, ob es nicht günstiger sei, wenn eine spezifische Förderung geleistet und auf die spezifischen Bedürfnisse eingegangen werde.

Frau Lehnert möchte auf den Satz „Es muss sich von gewohnten integrativ oder beschützend (fremdbestimmt und ausgrenzend) ausgerichteten Denk- und Handlungsmuster verabschiedet werden“ eingehen, speziell auf die Worte in der Klammer „fremdbestimmt und ausgrenzend“. Sie empfinde diese Formulierung in der Klammer als sehr negativ, was es ja eigentlich gar nicht sei. Gemeint sei eher „beschützend“. Es seien viele Fördereinrichtungen mit viel Engagement ins Leben gerufen und gegründet worden, aber nicht um diese Personen vorrangig auszugrenzen, sondern um sie besonders gut zu fördern. Deswegen habe sie ein Problem mit dem Begriff „ausgrenzend“.

*Kapitel 4: Ziele und Maßnahmeempfehlungen zu den drei Handlungsfeldern (Seite 16 bis 24 der Vorlage)*

Frau Winkels hat eine Frage zu Ziel 1, Maßnahme 1.3 (Barrierefreiheit). Sie möchte gerne wissen, wie dieses Ziel umgesetzt werde. Solle die Gebärdensprache an den weiterführenden Schulen praktiziert werden und sollten die Schülerinnen und Schüler diese erlernen bzw. welche sollten sie erlernen.

Frau Beisenherz-Galas teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN finde, dass bei Ziel 5 die Priorität nicht „mittel“ sondern „hoch“ sein solle.

Herr Kraus möchte gerne, dass bei Ziel 11 die Priorität erhöht werde. Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum sollten mehr behindertengerecht durchgeführt werden.

Frau Dönmez hat eine Nachfrage zu Ziel 4, Maßnahme 4.1, wonach Bürgersteige und Übergänge nur bei Baumaßnahmen / Sanierungen barrierefrei gestaltet würden. Sie möchte gerne wissen, was mit den bestehenden Straßen und Gebäuden, wie z.B. die öffentlichen Einrichtungen Rathaus oder Villa Zanders sei. Auch diese müssten barrierefrei begehbar sein, z.B. durch den Bau einer Rampe.

Herr Dr. Bernhauser findet, es seien einige Ziele und Maßnahmen genannt, obwohl es bereits hierzu Maßnahmen gebe, wie z.B. das Ziel Nr. 9 oder das Ziel Nr. 13. Bezüglich des barrierefreien Bauens oder Umbauens (Ziel Nr. 9) gebe es Beratungsangebote von den Medizinischen Diensten der Krankenkassen. Barrierefreie Umbauten seien bei entsprechender Indikation ein förderungswürdiger Tatbestand und würden z.B. von der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit äußerst günstigen oder Nulltarif-Darlehen gefördert. Ferner gebe es bereits zahlreiche Fortbildungen im Bildungsbereich (Ziel 13), vor allem für Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen, so dass es da nicht mehr neuer Maßnahmen bedürfe, sondern eher nur Auffrischungen und Fortführungen, vor allem für Berufsanfängerinnen und -anfänger.

Herr Mömkes möchte gerne, dass die Maßnahme 12b zu Ziel 12 mit „hoher“ Priorität eingestuft werde.

Frau Beisenherz-Galas findet, das Ziel 7 sollte ebenfalls hoch eingestuft werden.

#### *Kapitel 5: Umsetzung des Aktionsplan Inklusion (Seite 25 der Vorlage)*

Frau Winkels teilt mit, die SPD-Fraktion möchte gerne, dass neben dem ASSG und dem Rat auch der ABKSS regelmäßig über die Umsetzungsentwicklungen des Vorjahres unterrichtet und in die Beratungen miteinbezogen werde, da ein großer Teil den Schulbereich betreffe.

Frau Dietsch spricht die Umsetzung an. In der Vorlage stehe, eine Umsetzung könne ggf. nur schrittweise oder als Teillösung erfolgen. Dann werde ein konkreter Zeitrahmen benannt. Sie empfinde dies als widersprüchlich. Sie möchte gerne wissen, ob die Verwaltung denn selber davon überzeugt sei, die Ziele in dem Zeitrahmen 2013 bis 2017 zu schaffen. Vielleicht sei es günstiger zu sagen „so schnell wie möglich“.

Dr. Mieke schließt sich den Worten von Frau Dietsch an und weist auf Ziel 13 auf Seite 21 (Fachkräfteproblematik) hin. Eine konkrete Zeitvorgabe hier würde eine Beschleunigung hineinbringen, die der Problematik überhaupt nicht angemessen sei. Hier sollte noch einmal beraten werden.

Frau Koshofer möchte gerne wissen, wie denn die hohen Ansprüche an die Lehrer von diesen realisiert werden sollten. Diese seien doch derzeit schon mit sehr vielen Problemen belastet. Hier gehe es ja nicht nur um den Zeitrahmen, sondern auch um die Personen, die dies umsetzen sollten.

Herr Dr. Mieke antwortet, es sei allen bewusst, dass dies ein Aufgabenbereich sei, der mit vielerlei argumentativen Zielvorgaben nicht zu lösen sei. Seiner Meinung nach sehe sich die heutige Lehrer-

generation diesen Aufgaben nicht gewachsen. Die Betreuung / Unterrichtung von nicht nur körperlich behinderten Schülerinnen und Schülern könne nicht ohne Fachkräfte bewältigt werden. Die Ausbildung müsste um einen weiteren Zweig ergänzt werden. Den Lehrern werde eine Aufgabe der Gesellschaft auferlegt, die sie so nicht leisten könnten. Wenn die Gesellschaft dies aber verlange, müsse sie die Lehrer auch in die Lage versetzen, dies zu lösen. Dies heiße aber nicht, dass man damit nicht anfangen wolle und müsse.

Herr Dr. Miede bittet Herrn Buhleier nun, die Anmerkungen und Fragen zu beantworten.

Herr Buhleier erklärt, er werde zuerst Stellung nehmen zu den Anmerkungen und Fragen zum letzten Kapitel 5 und danach chronologisch vorgehen.

Der Zeitrahmen 2013 bis 2017 sei natürlich sehr ambitioniert. Er sei sich relativ sicher, dass in 2017 nicht alle Ziele und Maßnahmen dieses Aktionsplans abgearbeitet worden seien. Es werde jedes Jahr ein Rechenschaftsbericht über die Umsetzungen vorgelegt. Nach fünf Jahren müsse man dann kritisch prüfen, was erreicht worden sei und ob die gesetzten Ziele noch stimmten. Vielleicht müsse man dann die Vorrangigkeiten im Aktionsplan ändern, um andere Probleme zu bewältigen. Dieser Aktionsplan Inklusion sei ein Plan, der über die drei Handlungsfelder viele Probleme anspreche. Es sei kein Aktionsplan „inklusive Schule“. Dies sei eine große Aufgabe, die an anderer Stelle noch zu erledigen sei. Laut Entwurf werde der ABKSS bei Entwicklungen und Projekten, die das Handlungsfeld Schulische/Außerschulische und Berufliche Bildung betreffen, in die Beratungen einbezogen. Er schlage aber vor, dass die Stabsstelle 5-1 – Soziale Stadtentwicklung nicht nur dem ASSG und dem Rat, sondern auch dem ABKSS regelmäßig über die Umsetzungsentwicklung des Vorjahres berichten werde.

Zur Frage von Herrn Dr. Bernhauser zu Kapitel 2 und der derzeitigen Reduzierung auf drei Handlungsfeldern erklärt er, die Abarbeitung der jetzigen Schwerpunkte sei von der derzeitigen Personalressource abhängig. Frau Allelein sei als Behindertenbeauftragte federführend mit der Umsetzung betraut. Unterstützung erfahre sie durch ihn. Abhängig sei man aber auch von der Kooperation der andern Einrichtungen und Kollegen.

Zu Kapitel 3 führt er aus, die Grundaussagen zum Aktionsplan Inklusion seien vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach, wenn auch mit kritischen Anmerkungen, am 14. Februar 2012 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion der Freien Wähler beschlossen worden. Auf die Frage von Frau Winkels, ob Fachleute beteiligt worden seien, möchte er auf die Zusammensetzung der Steuerungsgruppe auf Seite 13 hinweisen, wonach u.a. auch Vertreter der Behindertenhilfe wie auch Menschen mit Behinderungen ihre Erfahrungen mit eingebracht hätten. Angebote im Regelsystem sollten wahrgenommen werden. Bereits bestehende Angebote sollten nicht aufhören oder abgeschnitten werden; es sollte kein Vakuum geschaffen werden. Ein Hinweis im Grundsatzpapier sei, dass dort, wo Inklusion als gesellschaftspolitisches Konzept gelinge, separierende Einrichtungen weitgehend überflüssig würden. Er finde bei diesem Prozess müsse man auch immer wieder die Themenbereiche der Inklusion kritisch betrachten. Menschen dürften nicht Opfer eines Experimentierfeldes werden, es müsse mit viel Fingerspitzengefühl gehandelt werden. Auf die Anmerkung von Frau Lehnert zu „fremdbestimmt und ausgrenzend“ erklärt er, mit dieser Klammer sei nicht gemeint, dass integrative und beschützende Denk- und Handlungsmuster fremdbestimmt und ausgrenzend seien. Wenn sie aber fremdbestimmt und ausgrenzend würden, dann „müsse man sich davon verabschieden“. Er möchte als Beispiel auf den Slogan „Aktion Sorgenkind“ hinweisen, der in seiner Zeit gut und richtig gewesen sei. Im Jahre 2000 sei daraus „Aktion Mensch“ geworden, was ein Paradigmenwechsel gewesen sei. Aus heutiger Sichtweise würde man den Begriff „Aktion Sorgenkind“ für ausgrenzend halten. Gemeint sei daher, wenn es um integrative und beschützende Muster ginge, die so wie im Beispiel wirkten, dann müsse dagegen angegangen werden.

Zu Frage von Frau Winkels zu Maßnahme 1.3 in Kapitel 4 - Gebärdensprache an weiterführenden Schulen - erklärt er, diese Maßnahme habe zum Ziel, dass das Thema Inklusion an weiterführenden Schulen behandelt werde; die Arbeitsgruppe habe die Gebärdensprache als Beispiel genannt. Nicht gemeint sei, dass die Schülerinnen und Schülern die Gebärdensprache als eigenständige Sprache erlernen sollten. Es sei nicht das Ziel GebärdendolmetscherInnen auszubilden, sondern über die Themen Taubheit und Stummheit Möglichkeiten der Kommunikation zu lernen und sich mit der The-

matik auseinanderzusetzen. Zur Anmerkung von Frau Dönmez zu Ziel 4, Maßnahme 4.1 - öffentliche Räume für alle Bevölkerungsgruppen erreichbar und erfahrbar zu machen - erklärt er, es gebe hierzu eine Zielvereinbarung mit dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung, von den jährlich zur Verfügung stehenden 50.000 € Mittel anzusparen, um Gebäude im öffentlichen Raum, wie z.B. das Rathaus Bergisch Gladbach barrierefrei umgestalten zu können. Derzeit würden die Ausschüsse im Rathaus Bensberg tagen, da der Ratssaal in Bergisch Gladbach für viele Menschen nicht erreichbar sei. Allerdings sei der Ratssaal Bergisch Gladbach inzwischen mit einer Induktionsschleife für Schwerhörige ausgerüstet worden. Dem Hinweis von Herrn Dr. Bernhauser, dass es bereits zu einigen Zielen Maßnahmen, wie Beratungsangebote und Fortbildungen gebe, stimme er zu. Integration und Inklusion seien keine neuen Themen, daher gebe es auch bereits Angebote. Es sollten keine Strukturen neu aufgebaut werden, wo es bereits bestehende Strukturen gebe. Trotzdem sei es notwendig, bestehende Angebote für Fachkräfte zu überprüfen. Eine Arbeitsgruppe wünschte sich z.B. Starterveranstaltungen im Bereich Tagesbetreuung für Kinder zum Thema Index für Inklusion. Unabhängig davon habe sich gleichzeitig die Fachberatung in der Verwaltung diesem Thema angenommen. Parallele Prozesse liefen so an verschiedenen Stellen ab. Zu den Wünschen/Anträgen der Veränderung der Priorität bei verschiedenen Zielen erklärt Herr Buhleier abschließend, diese werde er dem Rat in seiner Sitzung mitteilen. Er selber sehe kein Problem, wenn die Politik die Wertigkeit einzelner Ziele anders sehe.

Herr Dr. Miede dankt Herrn Buhleier für die ausführliche Darstellung.

Frau Lehnert erklärt, sie halte den Aktionsplan Inklusion auch für sehr wünschenswert, aber auch in der kurzen Zeit für sehr ambitioniert. Sie habe noch eine Nachfrage zu Entscheidung über die Höhe der finanziellen Mittel. In der Vorlage auf Seite 8 stehe, dass mit der Ratsentscheidung am 18.07.2013 zu entscheiden sei, in welcher Höhe finanzielle Mittel zur Umsetzung des Inklusionsplans zur Verfügung gestellt würden. Sie halte dies für verfrüht, da damit Mittel des Haushaltes bereits reserviert würden. Man wisse zu diesem Zeitpunkt ja auch noch nicht, welche Drittmittel, z.B. vom Landschaftsverband oder aus der Inklusionspauschale für die Schulen bzw. vom Land zur Verfügung stünden.

Herr Buhleier antwortet, es werde kein Beschlussvorschlag, der einen Vorgriff auf eine Haushaltsberatung beinhalte, formuliert. Die Verwaltung werde einen Vorschlag einreichen, über den bei den Haushaltsberatungen zu entscheiden sei. Für 2013 seien vorsorglich 50.000 € eingeplant worden, die dieses Jahr aber nicht in voller Höhe verausgabt werden. Für die Umsetzung des Integrationskonzeptes zugewanderter Menschen seien seit 2010 50.000 € p.a. in den Haushalt eingestellt worden. Ein Betrag in dieser Höhe könne als Orientierungspunkt gelten; dieser müsse aber erst noch verwaltungsintern und dann natürlich politisch diskutiert werden.

Herr Kamp möchte gerne wissen, wie das Land die Umsetzung finanziell unterstütze. Ferner seien doch bereits Mittel im Haushalt eingestellt, da es doch bereits Maßnahmen für die Menschen mit Behinderung gebe. Um die Inklusion sach- und fachgerecht aufstellen zu können, müssten auch die Haushaltsziele anders formuliert werden. Er halte die vorgegebene Zeitspanne für zu kurz und möchte die Beratungszeit lieber verlängern.

Frau Beisenherz-Galas findet, der Ausschuss solle nicht als „Bremse“ auftreten. Sie könne die Bedenken zwar teilweise verstehen, die Stadt Bergisch Gladbach stehe jedoch in der Pflicht die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Sie begrüße den Entwurf der Verwaltung und finde ihn unterstützenswert. Der Plan sei zwar ambitioniert, aber auch gut und ihrer Meinung nach in vielen Punkten umsetzbar. Sie möchte sich noch für die Erstellung dieses guten, durchdachten Konzeptes bedanken.

Herr Kraus möchte gerne wissen, was der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung beraten habe.

Herr Dr. Miede weist darauf hin, dass man sich in der ersten Lesung befinde. Der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung werde sicherlich entsprechend engagiert beraten und die Diskussionen begleiten. Zum Beitrag von Frau Beisenherz-Galas möchte er anmerken, Inklusion sei ein wichtiges Pflichtthema für eine moderne Gesellschaft. Allerdings müsse man das Konzept auch entsprechend ausstatten und den Ablauf vernünftig in Gang setzen, sonst bestehe die Gefahr, das Gegenteil zu erzeugen. Er glaube, Bergisch Gladbach sei auf einem guten Wege. Es würden z.B. Schwerpunktschulen in den einzelnen Stadtteilen gebildet, die in aller Ruhe beginnen würden. Allerdings müssten dafür auch die finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Diese Voraussetzungen lägen aber nicht in städtischer Hand.

Frau Koshofer möchte sich den Worten von Herrn Dr. Miede anschließen. Auch sie finde, es sei ein sehr gut ausgearbeitetes Konzept. Es sei hoch ambitioniert, realistische Gedanken müsse man aber trotzdem immer wieder „eingeschleust“ dürfen.

Herr Dr. Miede schließt die erste Lesung.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

7. **Sachstand Errichtung neuer Gesamtschule / Anmeldungen an den weiterführenden Schulen**  
*0185/2013*

Herr Dr. Miede möchte Herrn Dr. Speer und Herrn Urbach für ihren Einsatz danken, damit die neue Gesamtschule mit fünf Klassen starten könne.

Dem schließt sich der Ausschuss an.

Herr Dr. Speer weist auf die beiden Tischvorlagen zu diesem Tagesordnungspunkt hin. Die Tabelle „Aufnahme in die weiterführenden Schulen“ zeige die aktuellen Anmeldezahlen zum 22.04.2013, ergänzt durch die Aufschlüsselung, von welchen Grundschulen die Schülerinnen und Schüler auf die weiterführenden Schulen kommen. Die zweite Tabelle „Anmeldezahlen 2010 bis 2013 Jahrgangsstufe 5“ sei ein Auszug aus der Schulstatistik und vergleiche die Anmeldezahlen 2010 bis 2013.

Frau Lehnert dankt der Verwaltung für die Vorlage. Sie möchte gerne noch wissen, wie die Anmeldezahl an der Wilhelm-Wagener-Schule sei, die in der vorliegenden Tabelle nicht aufgeführt sei. Ferner möchte sie gerne wissen, in wie weit die Bedingung der Anbindung der neuen Gesamtschule von der Senefelder Straße aus umgesetzt worden sei.

Herr Speer erklärt, die Anmeldezahl der Wilhelm-Wagener-Schule sei in dieser Tabelle nicht enthalten, da die Eltern ihre Kinder an dieser Schule nicht anmelden könnten, sondern die Eltern dahin verwiesen würden.

Herr Pütz ergänzt, die Schülerzahl sei in den letzten zwei Jahren leicht von insgesamt 250 auf 200 Schülerinnen und Schülern zurückgegangen. Genaues könne man der Schulstatistik entnehmen. Neuere Zahlen gebe es derzeit nicht, da die Anerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen seien.

Auch Herr Mömkes dankt der Verwaltung für die beiden Übersichten, da man diesen die Veränderungen gut entnehmen könne. Interessant sei auch, von welchen Grundschulen die neue Gesamtschule ihre Schülerinnen und Schüler rekrutiere. Interessant sei weiterhin die Reduzierung der

Schülerzahlen am Otto-Hahn-Gymnasium um 39 Schülerinnen und Schüler. Evtl. würden die Eltern ihre Kinder auf Grund der bevorstehenden Sanierungsmaßnahmen an den benachbarten Gymnasien anmelden, wie dem Albertus-Magnus-Gymnasium, wo 26 Kinder mehr angemeldet worden seien. Allerdings habe es auch am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium einen Rückgang von 21 Kindern gegeben. Vielleicht könne die Verwaltung die verschiedenen Schülerwanderungen erklären.

Herr Pütz erklärt, insgesamt habe man einen schwächeren Jahrgang als im vergangenen Jahr. Schulen, die kaum auswärtige Schülerinnen und Schüler hätten, wie das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium würden darunter stärker leiden als Schulen, die einen Zuwachs von außen hätten. Zum andere spiele sicherlich die bevorstehende Sanierung der Otto-Hahn-Schulen eine Rolle. Bei den Großsanierungen in Herkenrath, Ahornweg und Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium in den vergangenen Jahren sei auch ein zeitweiser Rückgang zu verzeichnen gewesen.

Herr Mömkes hat noch eine Nachfrage zu den Anmeldungen an der neuen Gesamtschule. Er möchte gerne wissen, welche Schulempfehlungen (Hauptschul-, Realschulempfehlung oder gymnasiale Empfehlung) die Schülerinnen und Schüler gehabt hätten und ob es einen „Drittel-Mix“ gegeben habe.

Herr Pütz erläutert, bei der Zusammensetzung der Schülerschaft sei nicht nach den Empfehlungen geschaut worden. Es sei auch kein Drittel-Mix festgestellt worden. Man habe in zwei Leistungsgruppen eingeteilt: eine Leistungsgruppe mit der Note befriedigend oder besser in den Hauptfächern und eine Leistungsgruppe mit der Note schlechter als befriedigend in den Hauptfächern. Beide Gruppen hielten sich die Waage. Nehme man die Schulempfehlungen, so gebe es deutlich weniger Schülerinnen und Schüler mit gymnasialer Empfehlung als Hauptschulempfehlungen. Ein großer Teil habe eine Realschulempfehlung. Dies zeigten auch die Anmeldezahlen.

Herr Neu möchte noch die in der Vorlage angesprochene Zügigkeit der Schulen ansprechen. Die Verwaltung habe nach Abwägung aller Fakten einzelnen Schulen Abweichungen von den Zügigkeitsvorgaben genehmigt. Er möchte an den Beschluss aus dem Jahre 2007 erinnern, wonach dies nur ohne Anbauten möglich sei.

Herr Dr. Miede stimmt dem zu und ergänzt, der Ausschuss habe eindeutig festgelegt, eine Überschreitung der Zügigkeit sei nur möglich, wenn die Schule in ihrem Gebäude die entsprechenden Ausgleichs finde, sich also im Rahmen ihrer Möglichkeiten bewege. Es würden keine zusätzlichen Räume oder Anbauten genehmigt. Dies gelte angesichts der knappen Finanzlage der Stadt und der demografischen Entwicklung nach wie vor.

Frau Koshofer möchte gerne wissen, wie viele Einpendler sich an der neuen Gesamtschule angemeldet hätten.

Herr Pütz erklärt, es seien nur zwei auswärtige Kinder angemeldet. Diese würden aber nach der Schule von der Großmutter, die im Ahornweg wohne, betreut. Die anderen Kinder, die von auswärtigen Grundschulen kämen, wohnten in Bergisch Gladbach.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## **8. Schulentwicklungsplanung Primarstufe** *0163/2013*

Herr Dr. Miede begrüßt Frau Steidle, Mitarbeiterin in der Schulverwaltung und teilt mit, sie werde vorab einen kurzen Power-Point-Vortrag zu den Auswirkungen des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes auf die Schulentwicklungsplanung Primarstufe halten.

*Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage beigefügt.*

Herr Dr. Miede dankt Frau Steidle für ihren Vortrag. Er stellt fest, die Lehrerzahl werde an der Gesamtschülerzahl und nicht an der Schülerzahl der einzelnen Schule gemessen. Der Schulträger sei also gehalten, entsprechende Ausgleiche in den einzelnen Grundschulen zu schaffen, damit überall ein vernünftiger Unterricht durch entsprechende Lehrer und Fachlehrer möglich sei. Dies sei die Aufgabe der nächsten Jahre. Er halte daher den zu fassenden Beschluss für vernünftig.

Herr Kleine spricht die geringe Zahl der Eingangsklassen an der KG Steinbreche, GG Kippekausen und KG Lustheide in 2014 an (Tabelle Seite 64/65). Er halte diese Entwicklung in Refrath, zwei oder drei einzügige Grundschulen, für problematisch und müsse sicherlich in den nächsten Jahren diskutiert werden.

Herr Dr. Miede stimmt Herrn Kleine zu. Derzeit gebe es fünf Grundschulen, die einzügig seien. Aus der Sicht der Schule und der Lehrer bedeute dies, dass die kleinen Schulen kein ausreichendes Fachlehrerangebot und auch keine entsprechende Ausstattung haben könnten. Die Frage sei auch, ob ein Schulträger, wenn er seiner Aufgabe im Sinne der Betreuung und der Entwicklung der Jugendlichen gerecht werden wolle, dies auf Dauer tolerieren könne.

Frau Lehnert möchte noch auf die Situation in Refrath eingehen. Gemäß der Vorlage würden 2015 alle Grundschulen in Refrath einzügig werden. Eigentlich habe man bereits jetzt 0,8 Klassen zu wenig. Dazu müssten die Schulen in Refrath (Kippekausen und Frankenforst) verstärkt Kinder aus Bensberg aufnehmen, da nicht alle Bensberger Kinder auch in Bensberger Grundschulen beschult werden könnten. Daher müsste man für Refrath 8 Züge, wenigstens 7,5 Züge berücksichtigen.

Herr Dr. Miede findet, man solle sich jetzt nicht mit Detailfragen beschäftigen. Der Beschlussvorschlag sei allgemein gefasst. Die Verordnung nach § 93 Abs. 2 SchulG sei ja auch noch nicht erlassen worden. Bisher galt die Richtzahl 24, nun werde die Klassenrichtzahl ermittelt, indem man die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen durch 23 teile. Man müsse schauen, wie sich dies auf den Gesamtschülerbestand auswirke.

Auch Frau Beisenherz-Galas findet, man müsse sich mit dem Thema einzügige Grundschulen beschäftigen. Evtl. würden die Berechnungen auch anders ausfallen und die Schülerzahlen noch einmal steigen.

Herr Mömkes spricht die Grundschule Lustheide an. Diese habe zwei Eingangsklassen mit je 16 Kindern. Andere Grundschulen hätten evtl. Eingangsklassen mit 28 Kindern. Angesichts der geänderten Berechnungsgrundlage möchte er gerne wissen, wie dies in Zukunft gehandhabt werde.

Herr Dr. Miede verweist auf den Text des Beschlusses. Dieser lasse einen Rahmen bis 2016/2017 offen, allerdings mit den entsprechenden Notwendigkeiten, die alle sähen.

Herr Pütz erklärt, Frau Lehnert habe mit ihrem Hinweis Recht. Es gebe drei einzügige Grundschulen in Refrath. Wenn dies nicht mehr gewollt sei, müsse man einen Standort ausbauen. Auch Herrn Mömkes müsse er Recht geben. Nach dem 8. Schulrechtsänderungsgesetz sei dies nicht mehr möglich. Die Eltern müssten davon überzeugt werden, eine andere Schule für ihr Kind auszuwählen.

Herr Dr. Miede schließt die Diskussion und lässt über den Beschluss abstimmen.

Der Ausschuss stimmt einstimmig bei keiner Enthaltung für den Beschlussvorschlag:  
Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nimmt den vorgelegten Entwurf zur Entwicklung der Grundschulen bis zum Schuljahr 2016/2017 zur Kenntnis nimmt und beauftragt die Verwaltung den Entwurf mit Schulen, Schulaufsicht und Nachbargemeinden abzustimmen.

**9. Annahme einer Schenkung**  
0140/2013

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Die Schenkung des Ehepaares Welle, Paderborn, von 12 Werken der Künstlerin Gitta Neumen-Lucas für die Sammlung „Kunst aus Papier“ wird angenommen. Ihnen soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

**10. Annahme einer Schenkung**  
0141/2013

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Die Schenkung des bekannten Künstlers Joachim Bandau wird angenommen. Dem Künstler soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

**11. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

**12. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Anfrage von Frau Beisenherz-Galas

Frau Beisenherz-Galas spricht die Leitungsstelle im Bergischen Museum an. Diese sei seit zwei Jahren nicht besetzt. Sie möchte gerne den Sachstand wissen.

Herr Mumdey erklärt, die Haushaltsmittel für das Bergisch Museum seien korridorrelevant. Eine Aufstockung der Korridormittel dürfte undenkbar sein. Eine Lösung könne nur außerhalb des Korridors gefunden werden.

Herr Dr. Speer ergänzt, es werde eine nicht korridorrelevante Lösung gesucht. Gespräche würden in Bälde geführt.

Herr Dr. Miede fügt bei, sie hätten intensive Gespräche mit dem Vorstand des Fördervereins geführt. Sein Vorschlag, emeritierte Fachleute zu gewinnen - wie im Schulmuseum -, habe der Förderverein mit dem Argument abgelehnt, dann müsse der Förderverein auch die Verantwortung für das Museum übernehmen. Dies wolle dieser aber nicht.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Dr. Wolfgang Miede  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

---

Dr. Lothar Speer  
Fachbereichsleiter

---

Petra Weymans  
Schriftführerin